

Ratsbegehren ist beschlossene Sache

Windrad bei Auerbach: Bürger stimmen ab – Gegen-Initiative formiert sich

Wartenberg – Bei der Landtagswahl am 8. Oktober werden die Bürger in Wartenberg mehr Kreuze machen als andernorts. Denn dann gibt's parallel dazu ein Ratsbegehren zum Windrad im Auerbacher Holz. Dass das so gemacht wird, hat der Marktrat nun bei einer Gegenstimme von Michael Gruber (SPD) offiziell beschlossen. Dieser äußerte sich nicht zu seinen Beweggründen.

Man wolle sich nicht über die Mehrheit der Bürger hinwegsetzen, sagte Bürgermeister Christian Pröbst (CSU) dazu, warum der Rat zu diesem Pionierprojekt im Landkreis abstimmen lassen will. Dass er und wohl auch die große Mehrheit der Räte fest davon ausgehen, dass es gebaut wird, ist auch klar, zumal das Bauleitverfahren wie berichtet bereits angestoßen wurde.

Die Fragestellung des Ratsbegehrens wurde ebenso bereits beschlossen: „Sind Sie dafür, dass der Markt Wartenberg das eingeleitete Bauleitplanverfahren ‚Sondergebiet Windenergie Auerbach‘ fortführt?“ Dabei handelt es sich um eine eindeutige Fragestellung, die man nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten kann. Das verlangt die Bayerische Gemeindeordnung.

Ein einstimmiges Votum ist im Oktober längst nicht zu erwarten. In Auerbach selbst sind einige Bürger nicht gerade begeistert, ein rund 230 Meter hohes Windrad in der Nähe stehen zu haben. Derzeit formiert sich eine Bürgerinitiative, die sich kommende Woche in unserer Zeitung vorstellt. Darunter sind auch Personen aus der Nachbargemeinde Kirchberg. Insbesondere Baustarring ist nicht allzu weit entfernt vom geplanten Windrad.

„Nicht jeder ist der Meinung, dass ein Windrad dort gut platziert ist“, fasste es Heike Kronseder (FWG) zusammen. Was dann wäre, wenn die Initiative zusätzlich noch ein Bürgerbegehren starten würde, wollte sie wissen.

Auch ein solches wäre möglich, erklärte ihr Pröbst. Bei diesem wäre dann denkbar, dass über Sondergebiete, also Standorte, abgestimmt wird. Rats- und Bürgerbegehren parallel, das gab es im Landkreis schon einmal, als es 2021 in Pastetten um den Feuerwehrhausbau ging.

Wie Dominik Rutz (Grüne) und Pröbst erklärten, würde ein ablehnendes Votum übrigens nicht zwingend das Ende für das Windrad bedeuten. Denn sollte der Planungsverband ein Windvorranggebiet in dem Bereich einrichten, „dann wäre es möglich, dass es zunächst abgelehnt wird, später aber trotzdem kommt, wenn die Eigentümer dafür sind“, so Pröbst.

MARKUS SCHWARZKUGLER